Die „Arbeiter“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags aus-
genommen. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin
16,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 14,50 M. Für Ver-
träge außerhalb Deutschlands sind Postgebühren zuzurechnen. Unter Erschließung
wegen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M.
Postlich Vorauszahlung, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M.
Wohntour. Expedition und Verlag: Berlin G. 2, Breite Straße 6-8.

Die abgegebene Kopiergebühr über deren Name lautet 5,- M. einschließlich
Fotografiergebühr. Klein-Verleger: Das fertige Heft 2,- M., jedes weitere
Heft 1,50 M., einschließlich Fotografiergebühr. Laufende Abrechnung laut Ver-
einbarung. Familien-Anträge und Stellen-Anfragen 1,50 M., neue von Zeit. Stellen-Anfragen
in West-Verlag das fertige Heft 1,50 M., jedes weitere Heft 1,- M.
Verlagsdruck: Zentrum 2030, 2045, 4810, 4802, 4835, 4849, 4921

Sozialistische

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Königswahl in Griechenland

Konstantins Wahl gesichert

II. Athen, 7. Dezember.

„Havas“ meldet: Die Volksabstimmung verlief in völliger Ruhe. Lediglich einige hundert Frauen demonstrierten zugunsten Konstantins. Das Ergebnis der Volksabstimmung wird vermutlich morgen bekanntgegeben werden. Es ist schon jetzt sicher, daß es zugunsten Konstantins ausfallen wird, da nur die Royalisten ihre Stimme abgegeben haben.

Konstantins Rechtfertigung

Paris, 7. Dezember.

König Konstantin erklärte einem Vertreter der „Agence Havas“, er könne vor der Geschichte die Ungenauigkeit und Ungerechtigkeit nicht hinnehmen, deren ein Teil der öffentlichen Meinung im Ausland ist. Er wolle, daß die Kriegsergebnisse vollkommen aufgeklärt würden. Er werde sich nicht widersetzen, wenn die britische Regierung die Einsetzung eines unparteiischen vom Völkerbund ernannten Untersuchungsausschusses und eine öffentliche Untersuchung veranstaltet. Man habe ihn angeklagt, den griechisch-türkischen Allianzvertrag verletzt zu haben. Als dieser Vertrag abgeschlossen wurde, habe niemand voraussagen können, daß er im Falle eines Weltbrandes angewendet werden solle. Die Serben hätten 150 000 Mann, wie der Vertrag vorsehe, an die bulgarische Grenze gestellt. Durch die Neutralität Griechenlands hätten die Alliierten Zeit gehabt, ihre Heere in Saloniki aufzustellen. Wenn Griechenland im Jahre 1915 in den Krieg eingetreten wäre, wäre es jetzt nicht in der Lage, die Anforderungen zu machen, die man von ihm in Kleinasien erwartet. Bismarck hätte er der Entente angeboten, an ihrer Seite in den Krieg einzutreten. Die Entente aber habe die Roten seiner Regierung unbeantwortet gelassen.

Der amerikanische Etat

Washington, 6. Dezember. (Reuter.)

Der Schatzsekretär hat dem Kongress die Voranschläge für 1922 unterbreitet. Sie belaufen sich auf 4654 Millionen Dollar, das ist

eine Zunahme von 1 Milliarde Dollar gegenüber dem laufenden Jahr, jedoch eine Verminderung von 211 Millionen, verglichen mit dem vorigen Jahre. Für das Heer sind 690 Millionen und für die Marine 658,5 Millionen Dollar ausgeworfen.

Der japanisch-amerikanische Gegensatz

II. Paris, 7. Dezember.

Nach einer Meldung des „New Yorker Herald“ haben die Japaner im Süden der Insel Formosa, gegenüber der nördlichsten Insel der Philippinengruppe, ein Truppenlager errichtet, in dem sie etwa 30 000 Mann zusammengezogen haben. Dem amerikanischen Staatsdepartement ist hierüber keine offizielle Nachricht zugegangen. Nach Meldungen aus Washington halten die Japaner die Befehle der Insel Yap trotz des amerikanischen Protestes aufrecht.

Gegen terroristische Pläne

Androhung von Vergeltungsmaßnahmen

Moskau, 5. Dezember.

Im Hinblick auf Nachrichten über terroristische Pläne verschiedener gegenrevolutionärer Gruppen im Auslande gegen die revolutionären Führer, gibt die russische Regierung offiziell bekannt, daß sie im Falle solcher Versuche gezwungen sei, strenge Vergeltungsmaßnahmen an den vielen Vertretern der gegenrevolutionären Organisationen, der Bourgeoisie und der Weißen Garde, die sich jetzt in ihren Händen befinden und als Geiseln betrachtet werden, zu üben.

Oesterreichs Kreditverhandlungen. Wie das „Neue Wiener Tageblatt“ erfährt, sind die Kreditverhandlungen in Paris in einem für Oesterreich günstigen Sinne abgeschlossen. In London dauern die Besprechungen zwar noch fort, sollen aber unmittelbar vor einer günstigen Entscheidung stehen.

Die Bahmlegung des Luftverkehrs

Unerfüllbare Forderungen

Der § 202 des Friedensvertrages verlangt die Auslieferung des ganzen militärischen Luftfahrzeugmaterials. In einer Note der Interalliierten Luftfahrt-Kontroll-Kommission vom 21. November wird nun unter Bezugnahme auf die Protokolle von Vologna und Spa daran erinnert, daß der Bau von deutschen Flugzeugen erst drei Monate nach vollkommener Auslieferung des § 202 beginnen dürfe. Mit diesem Verbot wird auch der Bau von deutschen Verkehrsflugzeugen und damit der gesamte deutsche Luftverkehr allmählich vollständig lahmgelegt, da die Einfuhr von Flugzeugen aus dem Auslande ebenfalls ausdrücklich untersagt ist. Das ist eine äußerst harte Maßnahme, von der die deutsche Flugzeugindustrie schwer betroffen wird. Wir haben nichts dagegen einzuwenden, wenn die Entente die Herstellung von Kriegsluftfahrzeugen verbietet. Aber das Flugzeug ist heute zu einem Verkehrsmittel allerersten Ranges geworden. Die deutsche Industrie hat auf dem Gebiete des Flugwesens große Erfolge erzielt. Das Können der Techniker und Ingenieure würde durch das Verbot der Entente lahmgelegt, diese Arbeiter würden ihr Brot verlieren, Deutschlands Leistungen auf diesem Gebiete völlig ausgeschaltet werden.

Schuld an dieser Maßnahme tragen nicht zum geringsten die interrevolutionären Schieber, die nicht nur Waffen und Munition, sondern auch Flugzeuge beiseite gebracht haben — um sie für ihre Zwecke bereit zu halten. Für das nicht abgegebene Material hat die Entente bereits 20 Millionen Mark Schadenersatz erhalten — auch ein Beitrag zu dem Thema: Wo bleiben deine Steuern? Der Hauptmann a. D. Willh. Mayer macht jetzt in der „Welt am Montag“ darauf aufmerksam, daß diese enormen Ausgaben uns wahrscheinlich erspart geblieben wären, wenn Herr Roste von vornherein mit größerer Sorgfalt und strenger Vorkehrungsregeln gegen Verschleibungen getrieben hätte. Inzwischen habe die Entente neue beträchtliche Schadenersatzforderungen angemeldet. Das läßt sich nicht ertragen. Aber daraus müßte sie sich auch beschränken. Mit der Repräsentationspolitik jedoch, die sie jetzt am deutschen Flugzeugbau ausüben wolle, verlässe sie den Boden des Rechtes und der Moral.

Hauptmann Mayer weist dann weiter nach, daß der Einstellung des Flugzeugbaues die des Luftverkehrs in kurzer Zeit folgen müsse, denn ohne Nachhub an Flugzeugen kann er nicht leben. Zudem habe die Entente jetzt verschiedene neue Verordnungen erlassen, die das Absterben rapide beschleunigen müssen. So unterlasse sie den weiteren Betrieb auf der Strecke Bremen-Moskva. Es ist dies die erste Auslandslinie, die die beiden in Frage kommenden deutschen Gesellschaften (die deutsche Luft-

Reederei und der Lloyd-Luftverkehr Sabatnia) mit Mühe und enormen Kosten gerade in Gang gesetzt hatten. Hauptmann Mayer kommt dann zu folgendem Schluß:

Die Regierung Wilhelms II. hat in Gemeinschaft mit der Oesterreich-ungarischen Regierung 1914 den Kriegsabbruch verschuldet. Es bleibt dem deutschen Volke nichts übrig, als die fürchterlichen Folgen der Taten der kaiserlichen Regierung zu tragen. Bis zur Grenze des Menschlichen wollen wir danach trachten, die Wunden, die der Krieg unseren Gegnern schlug, zu heilen. Aber den diktatorischen Gelüsten, die sich eigentlich nur durch Treibereien der Konkurrenz erklären lassen, und der Willkür der Entente-Regierungen müssen wir eine feste Schranke setzen. In unserem eigenen Interesse und in dem Europas. Unter Bundesgenosse ist das Recht. Es ist ein besserer Bundesgenosse als Goldkette und Schwertgeschloß. Des weiteren sollte die Arbeiterschaft kraft internationaler Solidarität in den Ententeländern ein energisches Veto bei ihren Regierungen dagegen einlegen, daß deutsche Genossen auf die Straße gesetzt werden, damit Entente-Unternehmer ungehinderter verdienen können. Die Arbeiterschaft drüben sollte schließlich auch dagegen entschieden Front machen, daß ihre Regierung eine Politik treibt, die den Nationalismus in Deutschland hochheißt, den Revanchefürern neue Scharen zuführt und das Wirtschaftstodes weiter zersätzen muß.

Wir hoffen, daß diese Worte bei den Genossen in den Ententeländern nicht ungehört verhallen. Denn noch einmal: Die Entente kann mit gutem Recht die Herstellung von Kriegsluftzeugen verbieten. Aber sie darf unter keinen Umständen einen Produktionszweig völlig lahmlegen, der äußerst entwicklungsfähig ist und ausschließlich friedlichen Zwecken dienen soll.

Die Stellung der Kontrollkommission

Berlin, 7. Dezember.

Es hat sich herausgestellt, daß die von der Interalliierten Luftfahrt-Kontrollkommission erhobenen Einwendungen gegen Flüge nach der 50-Kilometer-Zone nicht auf eine neuerliche Einschließung der Vorkontrollkonferenz zurückzuführen sind, wie zunächst angenommen werden mußte, beruhen vielmehr auf einem längere Zeit zurückliegenden Beschlusse der Konferenz, der militärischen Flugzeugen das Fliegen in der neutralen Zone untersagte. Die Kontrollkommission glaubt, diesen Beschluß auch auf diejenigen früheren deutschen Militärflugzeuge anwenden zu müssen, die von ihr nach Beendigung des Krieges an deutsche Firmen verkauft und für Zwecke des zivilen Luftverkehrs freigegeben worden sind. Die endgültige Stellungnahme der Kontrollkommission ist erst nach der kurz bevorstehenden Rückkehr des zurzeit abwesenden Generals Kosterman zu erwarten.

Wozu haben wir einen Reichstag?

Von Ignaz Wrobel.

„Herr Schillingert! Herr Schillingert! Wir haben Konfuzius anmelden müssen! Sie haben auch Geld verloren: 270 000 M. 45 Pfennig!“
„Wozu denn?“

Der Hauptausschuß des Reichstags berät augenblicklich den fünf Milliarden-Etat der hunderttausend Mann Reichswehr. Die Beratung geht so vor sich, daß sich bei jedem Posten schüchtern ein Volksvertreter erhebt, leihe eine Kleinigkeit an den Millionen zu bemängeln wagt — und dann erhebt sich in voller Kriegsbemalung einer der Generale mit den alten kaiserlichen Abzeichen, wickelt den Laien ein: Bewilligt. Der nächste Posten...

Man hat einige kleine Abstriche vorgenommen. Man hat ein paar von den 125 Obersten gestrichen, man hat hier an die hiesigen reduziert und da ein hiesigen weggenommen, man hat sogar einmal die Kosten für Waffen und Heeresgerät um 65 Millionen verringert... Bewilligt wurden: Pferde, Seel-sorger, Heeresanwälte, Briefstauben, Musiker und Stellen, Stellen, Stellen.

Man glaube nicht, daß es an einer Opposition gemangelt hat. Herr Stielen von der Mehrheitssozialdemokratie machte den revolutionären Vorschlag, für den Titel Oberintendantursekretär die Bezeichnung Verwaltungsdirektor einzuführen. Aber schließlich haben wir keinen Bolschewismus in Preußen.

Wozu haben wir einen Reichstag? Ist das Verantwortlichkeitsgefühl der Volksvertreter so klein, daß keine Mehrheit für sie hier mit der Steuergrößen des Volkes Schind-luder getrieben wird? Dieser Etat ist kein Etat. Er ist ein Standal.

Der Abgeordnete Holz vom Zentrum bezeichnet das Reichswehrministerium mit Recht als eine typische Ueber-organisation. Und dann wird bewilligt.

Ist keiner da, der fühlt, wie alle diese Sprüche der Militärs über die Notwendigkeit von Heeresämtern, von Waffen-ämtern, über die Notwendigkeit zweier Vizeadmirale für die Stationskommandos der Ost- und Nordsee, eines dritten Vizeadmirals für die schwimmenden Streitkräfte, zweier Amtschefs in der Marineleitung, eines zweiten Kontre-admirals als Unterführer für Linienfahrzeuge und Kreuzer-verband — daß dieses ganze Gerede ein lächerlicher Unfug und eine Verschleierung der Offizierskreise für ihr Bestreben ist, sich und den Kameraden Posten zu verschaffen? Ist keiner da, der das fühlt?

Wie ein Vampir laßt diese Armee auf dem bankrotten Lande. In Hennigsdorf kann die A. E. G. sofort 3000 Arbeiter einstellen, wenn sie bis Ostern 1921 1500 Wohnungen auf dem Gelände des Artilleriedepots Niederneuen-dorf bekommt. Das Reichswehrministerium antwortet: „So-lange noch eine Granate auf dem Platze liegt, können Ge-lände und Gebäude für Wohnungszwecke nicht hergegeben werden.“ Und die Granate wird, solange Platzkommandanten ihren Posten lieben, nicht abgeholt werden.

Was ist diese Reichswehr? Eine Pensionsanstalt? Ver-einigung zur Pflege des Rennsports? Eine Altemaschine, die nur Arbeit in sich leistet? Ein Kriegerverein? Mehr und schlimmer als all dieses. Sie ist ein kulturelles Un-glück für Deutschland und kostet jährlich fünf Milliarden Mark. Wer zahlt das? Du und ich.

Es geht ja nicht darum, daß diese deutsche Heeresleitung es wagt, noch im Jahre 1919 Eisernen Kreuze Erster Klasse „für Loyalität vor dem Feinde“ zu verleihen (der Feind: das sind deutsche Landsleute); es geht nicht darum, daß ein Kapitän wie der General von Hüffen befördert wird; es geht nicht darum, daß diese gerissenen Militärpolitiker die Streichung einiger Offiziersstellen mit der Sabotage von Mannschafsbeförderungen beantworten; nicht darum handelt es sich, daß auch das Volk, der Arbeiter, nach vollbrachtem Lebenswerk nicht „befördert“, sondern höchstens mit einer Rente abgefunden wird, deren jährlicher Betrag nicht hin-reicht, um auch nur ein Dienstpferd der Generalstabler zu be-zahlen —: das haben wir alles gewußt.

Aber wir glaubten bisher, es gäbe in diesem nachrevolu-tionären Reichstag immerhin soviele Männer von Verantwortungsgefühl und Kenntnis der deutschen Finanznot, daß sich eine Mehrheit, gleichviel auf welcher Grundlage, zusammenfindet, die da sagt:

Wir lehnen den Etat des Reichswehr-ministeriums ab. Er stellt eine sinnlose und unge-heuerliche Verschwendung des Volkvermögens zugunsten einiger tausend Offiziere und Beamten dar, er ist undurch-sichtig, und er ist sachlich nicht gerechtfertigt. Dieses Heer kommt niemals vor einen Feind. Eine Polizeitruppe be-dingt all diese Einrichtungen nicht, die schon eine Etappen-armee im feindlichen Lande unnötig belästigen würden. All diese Aufstellungen, all diese Kommandos und Dienststellen, all diese Chefs und Leiter des ganzen Spiels mit wrohenden Fackelausdrücken, die dem bewilligenden Laien imponieren sollen, all das ist Humbug. Die Arbeit des Hundert-tausend-Mann-Heeres nach außen hin ist gering und nicht sehr belangvoll. Die Offiziersgehälter sind eine Art Ar-beitstufenunterstützung, der Verwaltungsapparat eine Dem-

lionsversorgung, die hant angemalte Wichtigkeit Schwindel. Hier wird gelogen.

Ist eine solche Mehrheit im Reichstag nicht möglich? Wozu haben wir ihn denn? Lohnt die Arbeit im Haus mit dem goldenen Dach, wenn der Hauptausfluß wie ein Dreimännerkat wirkt, den ein General, ein braver Bürger und ein leise tadelnder Bürger spielen, während die anderen flüchten?

Es ist keine Frage der politischen Stellung zum Heer. Es ist eine Frage der deutschen Lebenshaltung. Jetzt, in diesen Wochen, wird für die verendeten Kinder der Großstädte gesammelt. Aber hier liegt das Geld auf der Straße, es liegt in den Kasernen! Wievielen armen Familien könnte geholfen werden, wenn diese viertausend Offiziere und ihr überflüssiger Apparat das Land nicht ausaugten!

Wozu haben wir den Reichstag? Auf den Reichswehrminister sehen wir längst keine Hoffnung mehr. Er ist eine Puppe, mit der der Chef der Heeresleitung, Herr v. Seeckt, spielt.

Das Plenum des deutschen Reichstages trägt die Verantwortung für das, was kommt. Das Land ist nah an der finanziellen Verelendung. Haben wir Deutsche heute fünf Milliarden für Kindereien übrig?

Die Anstandsdamen

Die Furcht vor der Dessenlichkeit

Die gestrige Auseinandersetzung zwischen dem Reichsernährungsminister Dr. Hermes und dem preussischen Landwirtschaftsminister Braun geben der bürgerlichen Presse Veranlassung, ein fürchterliches Geschrei darüber anzustimmen, daß dadurch die Autorität der Regierung geschädigt worden sei. Der Berichterstatter der „Deutschen Zeitung“ erzählt etwas von einem Japaner, der neben ihm „regungslos wie eine Mumie“ gesessen habe, eingewickelt in stumpfsinnige Gleichgültigkeit; aber aus seinen Schlägen habe die Schadenfreude über den Vorgang „geblüht“. Der „Kölnische Anzeiger“ schreibt einiges darüber, daß im Reichstag „schmutzige Wäsche“ ausgebreitet worden sei. Die liberale Presse darf selbstverständlich nicht zurückbleiben, wenn über Anstand und parlamentarische Sitze gesprochen wird. Die „Vossische Zeitung“ spricht von einer geradezu beispiellosen Art, in der im Reichstag ein preussischer Minister einem Reichsminister entgegengetreten sei. Und das „Berliner Tageblatt“ liest ein kleines Privatissimum darüber, wie man Opposition gegen die Regierung zu machen habe. Wenn Differenzen zwischen Regierungsteilen unvermeidlich seien, müßten sie innerhalb der Regierung ausgekämpft werden. Ihre Behandlung vor dem Parlament mache eine „autoritative Führung der Geschäfte“ unmöglich.

Das Gerede aller dieser Anstandsdamen verfolgt natürlich nur den Zweck, vor der Dessenlichkeit die Ursachen zu verbergen zu machen, die zu dieser Auseinandersetzung geführt haben. Sie haben nichts dagegen, daß die grundreaktionäre Regierung des Herrn von Kühl in Bayern alle Tage die Reichsregierung auf das schärfste bloßstellt. In denselben Tagen, die sich so heftig darüber entrüsten, daß ein preussischer Minister gegen einen Reichsminister vorgeht, wird zur gleichen Zeit verlangt, daß die Reichsregierung gegen den Freistaat Sachsen in Bewegung gesetzt werde, weil dort eine sozialistische Regierung zustande zu kommen droht. Wohlgerichtet also: wenn es sich um die Förderung reaktionärer Tendenzen, um Gewaltmaßnahmen gegen die Arbeiterbewegung handelt, dann sind alle bürgerlichen Parteien darin einig, daß die Regierungsbürokratie von Reichs- oder Einzelstaaten keine Rolle zu spielen hätte. In diesem Falle aber, wo die kapitalistischen Tendenzen in der Tätigkeit eines Reichsministers bloßgestellt werden, da empören sich die bürgerlichen Anstandsdamen darüber, daß die Dessenlichkeit aus der Dunkelkammer der Regierung mehr erfahre, als es der Reaktion gefüllt.

So zeigt sich bei dieser Gelegenheit wiederum einmal, wie das Bürgertum das Wesen der Demokratie aufsaugt. Sie soll einen Scheiter bilden, hinter dem sich ungeführt die Geschäfte des Privatkapitals vollziehen und die Ausbeutung der werktätigen Bevölkerung zugunsten der bestehenden

Klassen, der Agrarier, Schlotbarone und aller anderen kapitalistischen Interessenten organisiert wird. Die Arbeiterklasse wird auf dieses Geschrei nicht hineinfallen, sondern verlangen, daß auch künftig die Geheimgänge der kapitalistischen Politik öffentlich und rücksichtslos bei jeder sich bietenden Gelegenheit beleuchtet werden.

Die Partei der wirtschaftlichen Reaktion

Die Streifenmänner für die Arbeitsgemeinschaften

Der weitere Verlauf des Parteitages der Deutschen Volkspartei in Nürnberg zeigt immer deutlicher, daß diese Gesellschaft, soweit die politischen Parteien hierfür in Frage kommen, den Kern der Reaktion ausmacht. Stärker als in irgendeiner anderen Partei ist hier das Bestreben fühlbar, den Zustand der Wirtschaft und der Politik, wie er gegenwärtig besteht, zum mindesten zu erhalten oder sogar auf den Stand vor der Revolution zurückzuführen. Aus den Reden der Führer dieser Partei spricht ein Selbstbewußtsein, das sich daraus erklärt, daß sich gerade diese Partei auf die starke Macht des gesamten organisierten Unternehmertums stützen kann.

Darum ist die Haltung des Parteitages zu den wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen von ganz besonderem Interesse. Programmatisch für die Politik der Partei waren die Reden von Dr. Hugo und Dr. Curtius. Besonders die mit einigen Versäen verbrämte Rede des letzteren veränderte unerkennbar, daß die Deutsche Volkspartei ihre Aufgabe darin sieht, das Kapital vor jeder Einschränkung seiner wirtschaftlichen Macht zu schützen, selbst vor der allerbedeutsamsten. Wenn man den Unternehmern Lust und Anreiz zum Verdienen nimmt, erklärte Herr Dr. Hugo, „nimmt man ihnen den Antrieb, produktive Arbeit zu leisten.“ Vor dem wirtschaftlichen Niedergang müsse man sich retten durch positive Mittel zur Hebung der Wirtschaft, die vorzuschlagen Dr. Hugo zwar verdammt, die aber sofort klar sind, wenn man erfährt, daß sich dieser Mann im Namen seiner Partei selbst gegen die „Normalisierung unserer Wirtschaft nach den Vorschlägen Willems und Rathenaus“, wie er es nennt, wendet. Was auf diesem Gebiete geschehen muß, erklärte er, mag auf dem Wege freiwilliger Verständigung der Industrie und der Gewerkschaften geschehen. Also die Arbeitsgemeinschaften mit ihrem Programm vom 15. November 1918 sind auch heute noch das Programm dieses schwärzesten Reaktionsnars. Alle Hoffnungen, die leinereit die führenden Gewerkschaftskreise an diese unglückseligen Gebilde geknüpft haben — man möge die Hymnen auf ihre Schönheit im „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften“ aus dieser Zeit nachlesen —, haben sich für die Arbeiterklasse nicht erfüllt, weil diese Erwartungen von utopischen Vorstellungen ausgingen. Die Führer der Deutschen Volkspartei aber sehen dafür heute noch ihre Hoffnungen auf diesen gefährlichen Pakt zwischen Arbeitnehmern und Industriellen. Die „Partei des Wiederaufbaues“ betrachtet die Arbeitsgemeinschaften auch heute noch als das Mittel ihres Aufbaues. So meint es Herr Dr. Hugo, wenn er die Worte in die Welt spricht: „Der soziale Gedanke muß uns in der Wirtschaft voranleuchten!“ Es ist wichtig, daß diese Leute ihre Auffassung so offen sagen, denn für die Erkenntnis der Arbeiterklasse ist nichts von so großem Wert als die Erkenntnis, daß diese Reaktionsnars mit so dauerhafter Liebe an den Arbeitsgemeinschaften hängen.

Dr. Curtius, der über die Frage der Sozialisierung der Kohlenbergbau sprach, legt seine Hoffnungen auf einen ähnlichen Unglücksbaum, nämlich auf jene Verständigungskommission der 14 Männer in Eilen, die durch W. T. B. Soeben ihre Niedertracht mit einem epochemachenden Verständigungsplan veründen ließ. Auch er lehnt die Vorschläge Willems und Rathenaus ab und erklärt, wie wollen keinen Marxismus, keine Revolutionierung der Wirtschaft, denn letzten Endes laufe die Sozialisierung, ob mit oder ohne Entscheidung, auf Entziehung der Unternehmer hinaus. Das zu verhindern ist nach Curtius die Aufgabe der Deutschen Volkspartei. Der Mann ist allenfalls damit einverstanden, daß der Einfluß des Reichswirtschaftsrats, den er mit Recht nicht zu fürchten braucht, vergrößert wird und daß diese Körperschaft auch die Befugnisse zu Zusammenlegungen, die unter gewissen Umständen dem Großkapital nur

sympathisch sein können, bekommen möge. Er ist mit allen diesen Dingen einverstanden, solange sie den Kern des Problems den Privatbesitz an den Produktionsmitteln, theoretisch und praktisch unberührt lassen.

Auch daraus ergibt sich für die Arbeiterklasse, daß ihr Interesse nur in der entgegengesetzten Richtung gemacht werden kann. Es zeigt sich immer deutlicher, daß die Arbeiterschaft in ihrem Kampf um die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft auf die geschlossene geballte Kraft der gesamten Bourgeoisie stößt, mag sie nun militärisch in der Orgech, wirtschaftlich in den Unternehmern, Organisationen oder politisch in der Deutschen Volkspartei organisiert sein. Es gibt hier kein Kompromiß. Und das ist gut so. Wir müssen erkennen, daß nur die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln das Ziel der Arbeiterklasse sein darf, denn nur dadurch wird jene Macht gebrochen, die diesen Leuten heute noch den Mut zu solchem Auftreten gibt.

Aufforderung zum Mord

Der bekannte Arzt Dr. Magnus Hirschfeld ist bekanntlich vor wenigen Wochen anlässlich eines Vortrages in München das Opfer eines Attentats antisemitischer Pogromhelden geworden. Mit knapper Not entging der Ueberfallene, der starke Verletzungen davontrug, dem Tode. Das geht natürlich den „deutschtölpelischen“ Drahtziehern, die von sicherem Hinterhalt aus Attentate gegen misshandelte Personen organisieren und die Pogrombege systematisch und geschäftsmäßig betreiben, wider den Strich. In dem „Deutschen Wochenblatt“ Nr. 49 vom 8. Dezember heißt es zum Schluß einer gegen Dr. M. Hirschfeld gerichteten Notiz:

„Ein solcher Mann muß im Interesse unseres Volkes endlich einmal ungeschädlich gemacht werden.“

Herausgeber des erwähnten Schmutzblattes, das an vollstverwirklichter Hehe kaum zu überbieten ist, ist Herr Richard Kunze, genannt Knüppel-Kunze, eine der Leuchten der Deutschen nationalen Volkspartei. Die oben wiedergegebene Aufforderung ist glatte Aufforderung zum Mord. Es ist bezeichnend, daß derartige Hehereien vollkommen offen betrieben werden können.

Waffenschleubungen nach Tirol

Die Innsbrucker „Volkzeitung“ meldet am 2. Dezember: „Gestern vormittag 10 Uhr lief ein mit Maschinengewehren, Revolvern, Scheren, Sägen, Scherenschnitzern und wertvollen Büchern beladener Wagen mit dem Kuffstein kommenden Zug ein. Als Kuffsteiner erscheint die Kuffsteiner Expeditionsfirma Real, als Empfänger Eignote Cavaliere Uff-Vincenzo Faburet, Waza aracoest 6 in Rom. Der Inhalt war als Gesandtschaftsgüter — 18 Kisten mit Ätzen und Büchern — angegeben. Die Innsbrucker Polizei beschlagnahmte die Ladung. Ueberaus bemerkenswert ist, daß der Woggon Waffen bereits als goldbehandelt in Innsbruck angekommen ist. Es muß also irgend ein Organ des Sozialen Kuffstein von dem Schmuggel Kenntnis gehabt haben und im vollen Bewußtsein, damit die beschworene Amtspflicht zu übertreten, den falsch deklarieren Woggon mit den notwendigen Papieren versehen haben. Die Waffen waren natürlich nicht für die fingierte römische Adresse bestimmt, sondern wie alle bisherigen Waffenschleubungen für die Tiroler Heimatwehren, die Unterabteilungen der bayerischen Orgech sind. Die Innsbrucker „Volkzeitung“ bemerkt dazu, daß die Arbeiterpartei Tirols eigene Maßnahmen treffen müssen, um künftigen Waffenschmuggel zu verhindern, da von der gegenwärtigen Regierung ein Einschreiten gegen die Eiferer nicht zu erwarten ist.

Nach bekanntem Muster. Die aus zwei Offizieren, einem Obergerichtsrat und einem Gerichtsrat bestehende Kommission der deutschen Admiralität, die zur Vornahme von Feststellungen über den Zwischenfall mit den Ententeoffizieren nach Cuxhaven gekommen ist, hat ihre Tätigkeit beendet und ist nach Berlin zurückgekehrt. Das Ergebnis der Untersuchung wird eine Reinigung der kuldigen Offiziere sein. Die Steuerzahler bestreiten die Kosten.

Eine sozialistische Beherengewerkschaft. Die sozialistische Beherengewerkschaft in Solingen hat in einer Versammlung beschlossen, sich an gewerkschaftlichen Boden zu stellen. Es soll eine Kommission beauftragt werden, in den Ortsausschüssen den Aufbau einer Gewerkschaft in die Wege zu leiten.

Revolutionskitsch

Ihr habt gehungert, gelitten und euch endlich doch erhoben, Führer wurden ermordet und Mörder belohnt. Am Ende aber bewegt sich die Kurbel. Man höhnt und mißbraucht euch und macht zuletzt auf eure Kosten das beste Geschäft.

Der Schriftsteller G. I. schrieb einen „Revolutionstoman“ als antibolschewistische Propagandaschrift. Man hat ihn gefilmt, in allen Theatern vorgeführt, ihr geht hin und irgendetwas bleibt schon im Gemüt treu. Kellermann*) kommt nicht offen antibolschewistisch, aber auch nicht proletarisch, hat in einem Romane die Ereignisse des letzten Krieges behandelt; vielleicht folgt ihm kein Film, weil der Roman schon Ähnlichkeit genug mit Kellermann abstrahiert die Blüthenwelt auf die Anlage des Romans, stellt schädeln, plakatihaft Bild neben Bild oder hält sich an die grellsten Momente, groß realistische Art des Films, ein Bild hinter dem anderen aufzutauchen zu lassen. Das ist blühiger Kitsch. Kellermann mit vielleicht ein Manifest allgemeinen Menschentums geben, aber man lege hier ja den Nachdruck auf „allgemein“ und sehe sich nur Kellermann politische Ideologie an: dann gewahrt man einen politisch vornehmkommenen Phrasenschwall, der noch den Nachteil der Wiederholung hat. Kellermann war und bleibt ein Berichterstatter, der immer aus gewisser Entfernung hinter den Ereignissen herläuft und enthusiastisch „Hurra“ schreit, gefehlt, was woher. Er hatte vielleicht ein inneres Verhältnis zum Kriege. Aber keine zur Revolution. Er schildert eine Episode aus dem großen Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie, und vermag nicht einen einzigen Proletarier zu zeichnen, er versucht es nicht einmal, holt sich fleißig bürgerliche Typen herbei, einen Studenten, dem er die Märtyrerkrone ums Haupt windet. Ah, diese Kneigaten und Rebellen unter den Studenten bürgerlicher Herkunft sind doch keine wahrhaften Führer des Proletariats! Und es ist eine Verhöhnung des Marxismus, immer diese allgemeinen Menschheitsphrasen als das Wesentlichste der Umwälzung hinzustellen. Kellermann hat verborgene Sympathien für die Bourgeoisie, die er mit sozialer Lust und unfeindlicher „Wahrheit“ schildert, daß man ihm keine Revolutionsjurisprudence schwer glaubt. Er schreibt nicht aus einem empfunden Herzen und dem niedergelassenen Bewußtsein besiegelter Vernunft. Er schreie um des Stoffes willen und hat nichts erlebt, sondern höchstens nur Vorgänge gesehen. Er hat vielleicht sogar Blut gesehen, aber in ihm selber flüchte sich kein Blutstropfen. Die Revolution ist für ihn ein dankbarer Stoff, aber kein wahres Erlebnis. Er spricht von euch, aber nicht für euch.

Kurt Reckon.

Die entschiedenen Schulreformer veröffentlichen einen Aufruf, in dem es heißt: „Nur in einer wahren Volksgemeinschaft, die ihren Ausdruck im christlichen Volksstaat finden wird, in der der soziale Gedanke die ethischen Richtlinien bestimmt, können wir die Lebensumstände materieller und geistiger Art finden, in der die Jugend zu vollem Menschentum erwachsen kann. Die alten Schultypen sind zu verwerfen, da sie den Menschen in ihre Schablonen zwingen, statt sich ihm leitend anzupassen. Sie zerrücken schon die Jugend — auf später nicht wieder gut zu machende Weise — in bezug auf und minder geistliche, vielfach die einen quälend, die anderen beraubend. Darum gilt es: eine Schule für das ganze Volk. Es darf nicht mehr bürokratisch, amtlich abgegrenzte Bezirke: „Schule“, „Elternhaus“, „Berufsleben“, „praktisches Wirken“ und „theoretische Erhabenheit“, „Schülerchaft“ und „Lehrerschaft“ usw. geben! Ineinander strömen müssen die Kräfte. Der Wille zum höheren, freien Menschentum, das Opfer für die Gemeinschaft! Durch die Jugend zum Volk!“

Der Zollauffseher als Jenior. Als dieser Tage ein Münchener Verlag eine Anzahl von Wiener Buchhändlern besteller deutscher Bücher mit von den zuständigen Stellen erteilter Ausfuhrerlaubnis zur Beförderung aufgab, öffnete die Zollbeamten die Akten und als sie darin eine Anzahl Exemplare von Erwald Gerhard Seeligers Roman „Die Zerbrüchung der Liebe“ fanden, verhängten sie kurzerhand die Abwendung der Akten und schleppten die Exemplare des Seeligeren Romans zur Staatsanwaltschaft. Von dem Abseher befragt, seit wann den Zollbehörden die Aufgabe der Zensur der Erzeugnisse deutschen Schriftstums oblag, erklärte die Beamten, sie seien von der Staatsanwaltschaft beauftragt, zur Ausfuhr kommende deutsche Bücher jeweils daraufhin zu prüfen, ob sie nach Meinung der Zollbehörde nicht das Ansehen der deutschen Kultur im Ausland beeinträchtigen könnten. Ein neuer Versuch zur Wiederherstellung vormärzlicher Verhältnisse, eine neue Kompromittierung der politischen und künstlerischen Verhältnisse im republikanischen Deutschland mit dem Zollauffseher als Jenior! Seine Bücherbeschlagnahme hat sich übrigens auch auf andere Werke, darunter Uebertragungen von berühmten Novellen der italienischen Renaissance erstreckt.

Hierzu erfahren wir noch: Die Festhaltung der Bücher beschränkt sich nicht auf einzelne Werke, vielmehr sind eine ganze Reihe von Publikationen, darunter auch längst bekannte und anerkannte Werke der Weltliteratur, dem Eifer der Behörden zum Opfer gefallen. Außer der deutschen Ausgabe der Renaissance-Romane des Bandello wurden von der Zollbehörde beschlagnahmt und der Polizei zugesüht: Die bekannten Renaissance-Romane des Straparola, die Georg Müller darf mehr als zehn Jahren erschulven ließ und die bereits damals Gegenstand eines Prozesses waren, der mit der Freigabe des Wertes endete. Die von Dr. Hanns Floerke herausgegebenen „Liebesnovellen der Renaissance“. Die von Dr. Gornert gesammelten „Liebesnovellen des französischen Mittelalters“. Die längst in zahlreichen Ausgaben vorliegende berühmte Selbstbiographie des David und seine Les amandi, in

der von Hans Götli mit Steinzeichnungen geschmückten Ausgabe. Das von Professor Brandt edierte bekannte Gespräch des Lukian über die Liebe. Der von Goethe gerühmte antike griechische Roman des Longus „Daphnis und Chloe“ (in der Uebersetzung von Friedrich Jacobs aus dem Jahre 1832). Ihre Tätigkeit trübten die Zollbehörden mit der Beschlagnahme des bekannten, 1912 erschienenen großen Lexikon-Werkes: „Bibliotheca Gornorum Erotica et curiosa“, der Lebensarbeit Hugo Hagns und Götterdopfs.

Im allgemeinen wurde die Beschlagnahme derart durchgeführt: Werke, in deren Titel das Wort „Liebe“ oder „Eros“ vorkommt, sind zu konfiszieren. Wir hoffen, daß der Zollfall nicht etwa Bockläufer einer von behördlicher Seite beabsichtigten Abkühlung der Liebe und der Erotik, kurz, einer amtlichen „Zerbrüchung der Liebe“ ist.

In der Staatsoper versuchte man wieder eine Neubesehung des alten Balletts, um auf halbem Wege stehen zu bleiben. Man tanzt in der ehemaligen Hofoper nicht aus dem Geist der Klassik, sondern man gibt Pantomime mit orchesterlicher Begleitung. Statt dem Rhythmus der Glieder aus erstarren Formen zu lösen, werden edelt man sie. Dabei kommen aber auch die ungebundenen, vollen tänzerischen Elemente des Tanzes zu kurz. Sie waren nur in einem zigeunerhaften Reigen zur Musik Webers (bei wunderbarer bläulicher Nachschattendeckung) zu erkennen. Unter Kröllers Leitung und Strahons dekorativem Geschmack wurde am schönsten der Donauwaller von jungen tanzen Gliedern der „Rixe“ getanzt, während die gleichfalls Strahnschen „Geschichten aus dem Wiener Wald“ des natürlichen Hauches entbehrten und allzu erlich-ästhetisch anmuten. In dem tanzantonomimischen Scherzspiel „Amoretten“ (zu Mozartscher Musik) wurde der Erfolg auf fastem Wege durch eine gutgezüchtete Schaar kleiner und kleinster Ballettputten erzielt. Den Abschluß des Abends bildete eine Aufführung der „Sajaji“ mit einem schwachen Canté (Herr Kirchner), einer guten Redda (Frau Catopis) und einem hervorragenden Tonio (Herr Schlußmus). Die Oper wurde etwas matt von Urad, das Ballett nicht ohne Schwung von Clemens Schmalzschiff dirigiert.

Dichtungen von Heinrich und Julius Hart kommen in einem von der Volksbühne E. B. am Donnerstag, den 9. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des Gymnasiums zum Grauen Kloster veranstalteten Lesabend, am Freitag, Richard Urtich und Maria Hart, vom Lessingtheater, sind die Vortragenden. Einlaß 0,70 Mark.

In der Volksbühne wird in Abänderung des Spielplans, am Freitag, den 10. 12., und am Montag, den 13. 12., statt „Rabala und Liebe“, um 7 1/2 Uhr „Der Richter von Zalamea“ zur Aufführung gelangen.

Victor Walli hat ab 16. Dezember die Direktion des Neuen Operntentheaters übernommen.

*) Verh. Kellermann. Der 8. November. S. Fischer, Verlag.

Die Völkerbündler

Offenbar unter dem Eindruck der argentinischen Abgabe hat sich Herr Viviani, der Leiter der französischen Mission, veranlaßt gefühlt, vor Pressevertretern zu erklären, daß die Völkerbündler während ihrer dreiwöchigen Tagung eine sehr bemerkenswerte Arbeit geleistet habe. Die nächste Versammlung des Völkerbundes werde im September 1921 stattfinden. Herr Viviani erklärte weiter: Im Prinzip sei er dafür, daß der Völkerbund alle Staaten umfasse, nur müßten sie Garantien dafür geben, daß sie auch ihre internationalen Verpflichtungen erfüllen könnten. Küder Herrn Viviani und der ihm gleichgestimmten Kreise hat bisher niemand etwas von der bemerkenswerten Arbeit der Völkerbündler gemerkt. Und es steht auch außer allem Zweifel, daß diese Körperlichkeit noch nicht einmal die Gegensätze zwischen den einzelnen kapitalistischen Staaten zu lösen vermag, geschweige denn, daß sie den Weg freimachen könnte, der die Welt einer dauernden friedlichen Entwicklung und einem wirklichen sozialen Aufstieg entgegenführt. Die Arbeiterklasse kann überhaupt nichts von den Völkerbündlern erwarten; an der Umwandlung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu einer sozialistischen Ordnung, an der Befreiung der Ausbeutung und Bekämpfung des Proletariats haben die kapitalistischen Regierungen nicht das geringste Interesse.

Zwischen den Zusatzen von Argentinien und Kanada auf Antrag von Branting einer Spezialkommission der Völkerbündlerüberweisung worden. Die russischen Kandidaten sollen nach dem Antrage einer Kommission mit Rücksicht auf die russische Lage nicht aufgenommen, sondern zunächst nur zur Teilnahme an den technischen Organisationen des Völkerbundes aufgefordert werden.

In der Völkerbündlerversammlung sprach man über die Beziehungen zwischen dem Rat und der Versammlung. Es herrschten zwei Strömungen vor. Eine wollte die Kompetenzen der Versammlung erweitern, während die andere die Befähigung des Rates für notwendig hielt. Ein Zusammenhang von Politik, Griechenland, daß der Rat wenigstens die allgemeinen den Weltfrieden betreffenden Fragen, die er während seiner Tagung behandelt, der Versammlung unterbreiten möge, wurde angenommen. Ein weiterer Antrag Völlis wollte aus den Worten des Kommissionsberichts, in denen es heißt, daß die Versammlung kein Recht habe, eine ausschließlich in der Kompetenz des Rates fallende Entscheidung zu ändern, das Wort „ausschließlich“ streichen. Nach ausführlicher Erörterung wurde die Frage einer Kommission überwiesen. Der Kommissionsbericht wurde darauf von der Versammlung genehmigt.

Die Lehren der italienischen Gemeindegewahlen

Im Monat Oktober und noch bis in die erste Woche des November hinein fanden in Italien die Gemeindegewahlen statt. Mit Ausnahme des „Boarzio Popolare“, der italienischen Sozialisten Partei, hatten sich in diesem Wahlkampf alle bürgerlichen Parteien zu einem Block vereint und überall gemeinsam Kandidaturen aufgestellt. Der von den italienischen Sozialisten herausgegebenen Parole „Eroberung der Gemeinden und Provinzen für den Sozialismus“ setzten sie als Wahrspruch entgegen: „Rettung des Vaterlandes“.

Der gesamte Wahlkampf war von einer großen Aufregung begleitet und nahm in einzelnen Orten sogar einen blutigen Charakter an. Dem Bürgerblock standen als Kampftrupp die Faschisten, eine italienische nationalistische Bewegung, hilflos zur Seite. Nachdem verfügt sei, daß keine Partei in dieser Hinsicht eine außerordentlich schwache Unterstützung hatte. Gibt es doch in Italien, wie übrigens überhaupt in den romanischen Ländern nur ganz vereinzelte wenige sozialistische Blätter. Dennoch aber haben die Sozialisten mit einem gewaltigen Sieg der sozialistischen Partei abzuschließen. Über mehr als 2000 Gemeinden in Italien weht heute die rote Fahne, während bisher nur etwa 400 Gemeinden in Händen des italienischen Proletariats waren. Sardinien, Novara, Verona, Livorno, um nur einige der wichtigsten Plätze zu nennen, sind Stätten des sozialistischen Sieges. Aber die rote Fahne ist auch bis weit in die Provinzen hinein vorgehoben worden. Den Hauptanteil daran hat die Provinz Mailand. Nicht weniger als 162 Gemeinden gehören allein in dieser Provinz den Sozialisten, während die Christlichen nur 78, der Bürgerblock gar nur 7 Gemeinden dort errungen haben. In der Provinz Bologna entfielen 35 Gemeinden auf die Sozialisten, 5 auf die Christlichen und eine einzige auf den Bürgerblock. In der bauerlichen Provinz Toscana ist der Vorprung der Sozialisten nicht minder groß. Das Verhältnis ist 44 zu 10 gegen die Christlichen nicht minder groß. In einzelnen Provinzen wie Ferrara und Reggio, weht die rote Fahne sogar über allen Gemeinden. Nur der ruffähigste Süden Italiens wird noch von der Bourgeoisie beherrscht, aber auch dort hat der Sozialismus vielversprechende Positionen errungen. Selbst in dem vom Beamientum beherrschten Rom ist die sozialistische Minorität stark.

Alles in allem: der Wahlausgang in Italien ist erhebend und anerkennend. Der Sozialismus ist im gewaltigen Vordringen begriffen. Trotz aller fieberhaften Gegenarbeit des bürgerlichen Blocks hat er nur in etwas mehr als 4000 Gemeinden die Mehrheit errungen, während die Christlichen sich in rund 1300 Gemeinden behaupten konnten. Der sozialistische Wahlsieg wäre aber noch größer, wenn nicht die ganz Extremen durch Wahlenthaltung oder, wie in Florenz, durch inneren Parteihader der Bourgeoisie in die Hände gespielt hätten.

Dennoch darf dieser stolze Sieg nicht zu falschen Illusionen verleiten. Kein anderer als Genosse Serrati, der Chefredakteur des „Avanti“ ist's, der vor solcher gefährlichen Ueberbäumung in einem Rückblick auf die Wahlen warnt.

„Wir wissen“, so führt er aus, „daß wir siegen werden. Wir erkennen das Ziel, das wir notwendigerweise erringen müssen. Aber wir sehen auch die Stappen, die uns auf unserem Wege aufliegen. Wir sind keine Illusionisten, noch sind wir Eigenheilige. Wir sind Marxisten, welche die Wirklichkeit werten und welche sich in dieser auch bewegen.“

Über der berechtigten Freude an diesen Wahlsiegen erfüllt Serrati aber auch noch eine andere: Obwohl die ganz in äußerstem Extremismus machende sozialistische Partei in Turin den Genossen Giulio Calasini von der Kandidatenliste gestrichelt hatte, konnte sie seine Unterstützung im Wahlkampf doch nicht ablehnen. Sie rief ihn darum an und Calasini hatte sich ohne Erbitterung in deren Dienst. Und in Mailand hat Claudio Treves, der auf der Liste der morgen auszuscheidenden steht, dasselbe. In Volsverfassungen legte er sein noch immer gewichtiges Wort für die Partei ein, rief begeistert zu Einheit und Solidarität mit ihr auf und trug nicht wenig zu dem Siege bei.

„Soziale Beispiele der Hingabe und Aufopferung“, so schließt Serrati seine Betrachtung. „Bei den Feinden und bei den Freunden. Vergleichen wir sie mit den Vorgängen in Sizilien, Sizilien, Florenz, messen wir sie mit der feindlichen Episode jenes Mailänder Sozialisten und sagen wir uns offen, ob jene, welche auf dem Altar des gemeinsamen Interesses ihr eigenes Ich zum Opfern bringen, des Kommunismus nicht würdiger sind als jene andern, welche aus eifren und fleischlichen persönlichen Motiven die Geschichte der Partei und den Sieg proletarischer Schlachten gefährden.“

jene andern, welche aus eifren und fleischlichen persönlichen Motiven die Geschichte der Partei und den Sieg proletarischer Schlachten gefährden.“

Auch das müßte eine Lehre dieses jüngsten Wahlkampfes in Italien bilden, meint Serrati bedeutsam. Wir dürfen hinzufügen, daß wir hoffen, diese Lehre möge sich nicht auf das italienische Proletariat beschränken, sondern sie möge sich ausdehnen auf das gesamte Proletariat der Welt und einen Augenblick wenigstens auch die deutschen Moskauern zum Nachdenken zwingen.

Die Deutschen Werke

Bei der Beratung des Etats des Reichsschatzministeriums im Hauptauschuß des Reichstags kam es am Montag zu einer längeren Debatte über die Angelegenheit der Deutschen Werke. Demokraten und Rechtssozialisten beantragten, daß man erst die Aufsichtsratsfrage am Dienstag abwarten und als Sachverständige die Direktoren der Deutschen Werke hinzuziehen lasse. Die Rechtsparteien wandten sich dagegen. Welche Anträge wurden abgelehnt. Es soll lediglich eine informativische Aussprache mit den Direktoren stattfinden. Auf eine konstitutionale Anfrage gab Reichsschatzminister von Kaumer eine Darstellung darüber, wie es zu dem Abschluß des Vertrages mit Herrn Richard Kahn gekommen sei. Die Deutschen Werke veräußerten sämtliche freiverwendenden Werkzeugmaschinen und sämtliche Spezialmaschinen für Kriegsgerät kommissionarisch an Kahn. Es handelte sich um schätzungsweise 47 000 Werkzeugmaschinen. Allein beim Schrottwahl verkaufte Kahn Millionen. Dies sei um so unverständlicher, als Schrott ohne weiteres ohne Kommission zum Tagespreise verkauft werden könne. Weltweite Gewinne erzielt Kahn beim Weiterverkauf der Werkzeugmaschinen. Bei einem Verkauf von nur 10 000 Werkzeugmaschinen zum Durchschnittspreis von 7500 Mark würde sich bereits ein Gewinn von Kahn in Höhe von 31 Millionen Mark ergeben. Der Mindestpreis für die Genehmigung der Ausfuhr beträgt die 8500 Mark pro Einzelmaschine. Der Vertrag enthalte weiter zahlreiche ungünstige Einzelbestimmungen, aus denen Kahn große Vorteile ziehen kann.

Aus den Kreisen der Werkzeugmaschinenfabrikanten und -händler, sowie von anderen Seiten wurden insbesondere die volkswirtschaftlichen Folgen des Vertrages kritisch angegriffen. Demgegenüber betonten die Deutschen Werke in einer Presseerklärung, daß in erster Linie politische Momente zum Abschluß des Vertrages geführt hätten, aber auch diese politischen Momente hätten in keiner Weise als schädlich anerkannt werden. Infolge der scharfen Kritik, die der Kahn-Vertrag erfahren hatte, seien mit Herrn Kahn Verhandlungen eingeleitet, die zu einer gegenwärtigen außerordentlichen Interpretation führten, durch welche besonders ungünstige Bestimmungen gemildert werden sollten. Praktisch seien diese Zugeständnisse ohne große Bedeutung, da der Vertrag bis zum September 1923 läuft und bis zu diesem Zeitpunkt Kahn das Verwertungsmonopol behält. In der Presse sei weiter mitgeteilt worden, daß Kahn bereit sei, vom Vertrage zurückzutreten. Er habe diese Bereitwilligkeit indessen nur unter Bedingungen ausgedrückt, die von Sachverständigen als unannehmbar bezeichnet werden. Der ohne Wissen des Aufsichtsrates, ohne Kenntnis des Reichsschatzministeriums, ohne Information der Reichstreuhandlungsgesellschaft abgeschlossene Vertrag bedeutete für Herrn Kahn (einem Herrn von 20 Jahren), der keine eingetragene Firma besitzt, eine ungeheure Verdienstmöglichkeit. Der Vertrag verleihe die Interessen des Reiches auf das allerhöchste.

Der Rechtssozialist Willell, der Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Werke ist, erklärte die Gründe, die zum Abschluß des Vertrages mit Kahn geführt hätten. Kahn sei finanziell außerordentlich leistungsfähig. Für 600 neue Lokomotiven habe er an das Reichsverwertungsamt 30 bis 40 Prozent mehr bezahlt, als von anderer Seite geboten worden sei. Es wäre sicher besser gewesen, wenn der Vertrag dem Aufsichtsrat vorgelegen wäre, aber die Deutschen Werke hätten befürchten müssen, daß das Reich den Vertrag verweigert hätte. Die Direktion der Deutschen Werke hätte bei ihrer Tätigkeit sicher das allerbeste gewollt.

Die weitere Beratung der Angelegenheit soll am Dienstag vor sich gehen. Vorher erfolgt die informativische Aussprache mit den Direktoren der Deutschen Werke.

Der Prinz-Prozess nicht vertagt!

Die Fortführung des Prozesses Scheidemann-Prinz, die durch die Erkrankung des Besitzers, Professor Siederer, in Frage gestellt war, ist nun doch gesichert worden. Die 4. Strafkammer des Landgerichtes I begab sich am Montag in die Wohnung des erkrankten Richters, wo eine öffentliche Sitzung abgehalten wurde. Man hatte ein Zimmer als Gerichtssaal hergerichtet, und auch die Deffenlichkeit des Verfahrens war gewahrt worden. Einige Hausbewohner und Personen, die sonst Interesse an den Prozess nahmen, wohnten der nicht alltäglichen Gerichtsverhandlung bei. Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und richtete an den Angeklagten mehrere Fragen, aus welchem Grunde er von dem angeklagten Originalmord befehl zwei Abschriften genommen habe. Prinz erklärte, daß beide Abschriften als Kopien feilsch gemacht worden seien, und daß die eine Kopie lediglich auch die äußere Aufmachung des Originalschreibens genau wiedergeben sollte. Mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand des erkrankten Richters wurde dann die Verhandlung geschlossen, die nächste Sitzung auf Freitag, mittags 12 1/2 Uhr, im Reichsgerichtsbau verlegt.

Parteitag der SPD.

Heute vormittag referierte Brandler über „Gewerkschaften und Betriebsräte“. Brandler wiederholte im wesentlichen seine Ausführungen vom letzten Parteitage der R. P. D., die wir damals ausführlicher wiedergaben. Seine Rede spielte in der Beweisführung von der unvermeidlichen Notwendigkeit des Sturzes der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die neun Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter müßten diesen Kampf aufnehmen. Dazu müßten die Gewerkschaften umgebaut werden, um sie in den Stand zu setzen, diese Kämpfe zu führen. Er gibt auch einen historischen Rückblick auf die englische Gewerkschaftsbewegung, der beweisen soll, wie auch in England die neuen Erfordernisse des Proletariats zum Durchbruch kommen. Bei den Lohnkämpfen müßten die Kommunisten vortreten und alles herausholen, was herauszuholen ist.

Brandler weist auf die legale und illegale Bewaffnung und Aktion der Gewerkschaften hin und demonstriert an diesen Gegenständen die Unmöglichkeit der Arbeitsgemeinschaften. Die Kontrolle der Produktion sei das konkrete Problem, aber das diskutiert werden und für das dann der Kampf aufgenommen werden müsse. Jeder einzelne Kommunist müsse in seinem Betriebe bis an die Grenze des Möglichen gehen, um die Stilllegung der Betriebe zu verhindern. Jede Betriebsstilllegung müsse zu einer politischen Aktion größten Stils gemacht werden, wozu man die Gewerkschaften mobilisieren müsse. Die Betriebsbeziehung müsse in den Vordergrund gerückt werden. Betriebsbeziehung bedeute zuerst Beziehung der Banken, um die Arbeiter bezahlen zu können. Beziehung der Banken aber bedeute Kampf um die politische Macht. Darauf müßten die Gewerkschaften eingestellt werden, so daß die Gewerkschaftsbureaus Farbe bekennen müsse. Nicht negativ, sondern positiv müsse in diesem Sinne gearbeitet werden.

Brandler streift auch die Ernährungsfrage und tabelt das Benehmen vieler Rechtssozialisten, die die Arbeiter-Lohn einfach auf das Band schiden, für die Kartoffeln zu halten. Das schaffe einen Gegensatz zwischen Stadt- und Landproletariat. Man müsse im Gegenteil Stadt- und Landproletariat zusammenbringen, zum Austausch ihrer Produkte. Die Revolution sei eine Frage der Macht, und die Macht bekomme man nur, wenn man die Gewerkschaften mobilisiere für die Revolution. Man

müsse endlich aus der Agitation zur Aktion übergehen. Brandler moßte sich über den „Sozialisierungsplan“ wundern, der nichts anderes sei, als der auf die Spitze getriebene Gedanke der Arbeitsgemeinschaft. Die Sozialisierung sei durch den Kampf um die Kontrolle der Produktion zu beginnen. Die „verknüpfte Gewerkschaftsbureausstruktur“ muß wiederum erhalten. Sie greift ferner in jede Aktion ein, wie das auch der Berliner Gewerkschaftszentralrat geteilt habe. Die Gewerkschaften müßten zu Industrieverbänden umgestaltet werden. Die Neutralität sei heute konterrevolutionär. Es gäbe heute keine Neutralität. Alle heute seien Vorstufen zur Eroberung der politischen Macht. Der Referent wies der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale vor, daß sie ihr konterrevolutionäres Handeln im Weltmaßstab ausüben müsse. Sie setze die ideologische Macht zur Verbannung und Niederhaltung der Arbeiterklasse. Der Beitritt zur Roten Gewerkschaftsinternationale bedeute nicht das Bekanntnis zum Kommunismus, sondern nur die Zusammenfassung aller Elemente, die gegen die Amsterdamer Internationale, gegen die konterrevolutionäre Gewerkschaftsbureausstruktur, gerichtet seien. Der Zusammenstoß zu kommunistischen Zielen bedeute keine Abspaltung, sondern ein Arbeitszentrum zur Mobilisierung der Hirne und Herzen der Gewerkschaftsmitglieder. Die Arbeit der Jollen müsse in Gemeinschaft mit den deutschen Parteioptionen erfolgen.

Funktionärkonferenz der Bauarbeiter Groß-Berlins.

In einer Montagabend im Deisdener Casino stattgefundenen Funktionärskonferenz erzielte Schumacher den Bericht der Studienkommission nach England. Er führte aus, daß die Kommission über die wirtschaftlichen Verhältnisse Englands berichtet habe, mit Rücksicht darauf, daß die bürgerliche Presse die unglaublichen Gerüchte über Samjettland gebracht habe. Die Reise der Kommission sei unter mancherlei Fährnissen und Schwierigkeiten vollzogen gegangen. So habe man bei beispielsweise bei der Ankunft in England sofort nachjagd, da man selbstverständliche Literatur in ihren Koffern vermisst und annahm, daß sie eine Revolution anzetteln wollten. Schließlich wurde sie von vier Kriminalbeamten bis an die russische Grenze geleitet. Petersburg machte infolge großer Bevölkerungsdichte der Straßen und Plätze einen sehr schlechten Eindruck; das russische Proletariat war von jeder der Straßen der Westeuropäer. Während im Vorjahre großer Mangel an Holz war, so daß teilweise das Straßengestühl aufgerissen wurde und sogar Holzhäuser zerstört wurden, waren bei Ankunft der Kommission auf Blüten und an den Rena-Rais Holzlager errichtet, die natürlich bei weitem noch nicht ausreichen dürften. Einen eigenartigen Eindruck machten in Petersburg und Moskau die geistlichen Leben. Die Regierung erklärte auf Anfrage, daß die Läden geschlossen werden müßten, weil in ihnen die Bourgeoisie Schleichhandel für die Bourgeoisie getrieben hat. Die Museen sind geschlossen, ihr Inhalt unverteilt; die Kirchen sind ebenfalls geschlossen, die in ihnen befindlichen Wertgegenstände sind von der Regierung beschlagnahmt, eine Subvention zählt der Staat nicht, so daß die Popen sich von den Gläubigen unterhalten lassen müssen. Die Prostitution in den Großstädten ist auf ein geringes Maß beschränkt. Es besteht die Arbeitspflicht für Mann und Frau mit gleicher Bezahlung bei gleichen Leistungen. Auch die öffentliche Sicherheit läßt nichts zu wünschen übrig, die Kommission hat sich zu jeder Tages- und Nachtzeit frei bewegt, ohne jemals belästigt zu werden. Außerordentlich schlecht steht es dagegen mit dem Sanitätswesen. In den Krankenhäusern der Mittel- und Kleinstädte fehlt fast alles, insbesondere chirurgische Instrumente, Fiebergegenmittel, Medikamente zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Decken und Bettwäsche, auch die Sauberkeit läßt zu wünschen übrig. Bei der Besichtigung der Fabriken hat die Kommission deutschsprachige Arbeiter zu Anhören genommen; nicht alle Fabriken haben einen günstigen, die meisten davon den denkbar ungünstigsten Eindruck gemacht. Rohmaterial und jüngere tüchtige Arbeitskräfte fehlten. In den wenigen Papierfabriken ist der Betrieb mangelhaft. Die Fabrikkomitees (hier Betriebsräte) sind nach Ansicht der Kommission ein wichtiges Glied im Wiederaufbau der Fabriken, sie regeln die Produktion, die Lebensmittelfrage und die Lohnverhältnisse. Von der früher eigentlichen Entlohnung ist man abgekommen, die Intellektuellen werden heute besser bezahlt. In den meisten Fabriken gibt es ein- bis zweimalige Fabrikpfeifung, die auf Lebensmittelfragen abgelehnt wird.

Die Wohnungsfrage ist für Petersburg dadurch gelöst, daß man dem Proletariat die Wohnungen der geschiedenen Bourgeoisie zugewiesen hat. In Moskau dagegen sind größere Schwierigkeiten, man hat sich auch da zu helfen gesucht, indem man größere Wohnungen aufgestellt hat. In Berchomstien herrscht noch immer großer Mangel, es verkehren vor Personen- bzw. Militärzüge. Unglaublich einfach ist die Bauart der Häuser in den Dörfern, primitiv die Einrichtung. Salz, Petroleum und Manufakturwaren fehlen auf dem Lande gänzlich. Um von den Bauern mehr herauszuholen, beabsichtigt die Regierung, Industrieprodukte gegen landwirtschaftliche Produkte einzutauschen. Das Privatigentum der Bauern muß unbedingt bestehen bleiben, der Bürgerkrieg wäre sofort da, wollte man ihm sein Eigentum nehmen. Die Zeitungen sind erst verboten worden, nachdem sie auf den Sturz der Regierung hingearbeitet haben.

Zum Schluß referierte der Referent die Gewerkschaftsinternationale und erklärte, ohne das allerdings näher zu begründen, daß nicht der Parlamentarismus, noch der Völkerbund, noch die Amsterdamer Internationale, sondern einzig und allein die Diktatur des Proletariats den Sozialismus verwirklichen könne. Der Austritt der revolutionären Elemente aus den Gewerkschaften sei entschieden zu verurteilen. Die Gewerkschaften müßten nicht gelassen, sondern revolutioniert werden. Irigendwelche Herrschaftsgelüste beständen bei den Russen nicht.

Gleich nach Beginn der Versammlung leitete eine heftige Geschäftsordnungsdebatte ein, die den Zweck verfolgte, den Korreferenten Gen. Abramowitsch nicht zuzulassen, diese Taktik wurde auch vor Beginn des Korreferats erneuert. Die Versammlung entschied aber mit Mehrheit, das Korreferat sofort entgegenzunehmen. Gen. Abramowitsch hielt zunächst gegenüber den tendenziösen Einleitungsworten des Vorsitzenden Kaiser fest, daß die Partei der Menschewiki nicht der R. P. D., sondern der U. S. P. D. vor der Spaltung gleichzustellen sei. Wenn der Referent noch objektiver berichtet hätte und diplomatischer verfahren wäre, so würde Abramowitsch alles unterlassen. Auf Grund seines Referats hätte Schumacher alle Anwartschaft, Ehrenvorsitzender der Menschewiki zu werden. Der Referent hat nur die Lichtseiten hervorgehoben, die Schattenseiten dagegen nicht mal gestreift. Den Unterschied zwischen Kommunismus und Sozialismus hat Schumacher nicht geteilt. Eine sozialistische Regierung muß für alles sorgen, nicht allein in der Schlichtung. Rußland hat keine Schulen, wie sie der Referent schilberte, kein Papier und keine Lehrmittel. 30 bis 40 Prozent der Schulen sind ständig geschlossen, weil kein Lehrmaterial vorhanden ist. Die Schuld daran trägt in erster Linie das bürokratische System der Samjett-Regierung. Durch ein kürzlich erlassenes Dekret wird mit Gefängnis bestraft, wer sich vom Lande Holz verschafft. Die Kritik innerhalb der Arbeiterklasse wird gefährdet, Abramowitsch ist selbst ein Gefängnis arbeiter, weil er eine Arbeiterkonferenz einberufen hatte. Die russischen Gewerkschaften sind bürokratische Staatsorgane, der Vorsitzende wird von der Regierung ernannt, die Mitglieder haben infolge dessen keinen absolut keinen Einfluß. Die Ernennung der Arbeiterklasse ist durchaus ungenügend, sie bekommt tatsächlich nur 30 bis 35 Prozent von den Lohnen durch Dekret garantierten Mengen. Über die Prostitution erörtert keine Statistik, sie ist aber keineswegs, wie der Referent behauptet, aus der Welt geschafft.

Infolge der vorgerückten Zeit mußte Gen. Abramowitsch sein Korreferat abbrechen, um es in der nächsten Versammlung, die am 20. Dezember stattfindet, fortzusetzen.